

1241 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht des Außenpolitischen Ausschusses

über den Außenpolitischen Bericht der Bundesregierung über das Jahr 1992 (III-130 der Beilagen)

Der gegenständliche, vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitete Außenpolitische Bericht der Bundesregierung — „Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik“ — wurde dem Nationalrat am 26. Mai 1993 zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterbreitet.

Im Vorwort führt Bundesminister Dr. Alois Mock ua. folgendes aus:

„Wollte man versuchen, jene Entwicklungen, die das Schicksal Europas 1992 am stärksten bestimmt haben, mit zwei Städtenamen zu charakterisieren, so müßte man sich wohl für „Maastricht“ und „Sarajewo“ entscheiden. „Maastricht“ steht — trotz mancher Widersprüche — für die wichtigste Hoffnungsperspektive, die sich Europa 1992 erschlossen hat. „Sarajewo“ ist Ausdruck seiner bedrückendsten Niederlage.

Der Mittelpunkt jener geographischen Achse, welche diese beiden Städte verbindet, liegt in Österreich. Ich halte dies für mehr als nur symbolhaft: Denn auch Österreichs internationale Stellung ist 1992 nachhaltig durch das Spannungsverhältnis „Maastricht—Sarajewo“ bestimmt worden.

Die entsetzliche Tragödie, die sich seit vielen Monaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens ereignet, hat uns die traurige und beunruhigende Erkenntnis gebracht, daß in unserer nahen Nachbarschaft wieder regionale bewaffnete Konflikte möglich geworden sind.

Solcherart ist unser Land heute mit der Tatsache konfrontiert, daß es sich längst nicht mehr im sicherheitspolitischen Windschatten des europäischen Geschehens befindet. 1992 ist uns endgültig

bewußt geworden, daß Österreich heute am Rande einer geopolitischen Gewitterzone liegt.

Es ist jedoch zu begrüßen, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen in seiner „Agenda für den Frieden“ zukunftsweisende Überlegungen zu einer effektiveren Rolle der VN und regionalen Einrichtungen im Rahmen der Friedenserhaltung angestellt hat. Der Umstand, daß sich die diesbezüglichen Bemühungen der Weltorganisation derzeit vielfach in einer Krise befinden, sollte Österreich allerdings nicht davon abhalten, schon jetzt dafür zu sorgen, daß es auf künftige Ersuchen der VN und regionaler Einrichtungen zur Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen rasch und wirkungsvoll reagieren kann.

Zum Wissen um die Schwächen und Unzulänglichkeiten des globalen Systems der kollektiven Sicherheit kommt heute überdies die bedrückende Erkenntnis, daß Europa vorerst schon gar nicht über jene Mechanismen verfügt, die notwendig wären, um Aggressoren und Rechtsbrecher zurückzuweisen. Umso bedeutsamer ist 1992 auch für uns das Konzept von Maastricht geworden, das mit seiner Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und mit seinen sicherheitspolitischen Zukunftsperspektiven zumindest eine erste Antwort bietet.

Freichlich hat uns das Jahr 1992 gezeigt, wie dornenreich der Weg zur Europäischen Union von Maastricht ist. Gleichzeitig hat uns 1992 aber auch klargemacht, wie sehr das größere Europa den Stabilitätsanker dieser Union braucht, und wie sehr gerade Österreich — auch auf Grund seines Umfeldes — daran interessiert sein sollte, dieser Union schon bald als gleichberechtigtes Vollmitglied anzugehören.

Diesem Ziel ist Österreich inzwischen um einen wichtigen Schritt nähergekommen: Die integrationspolitischen Entwicklungen des Jahres 1992 haben es möglich gemacht, mit 1. Februar 1993

formelle Verhandlungen über den Beitritt unseres Landes zur künftigen Europäischen Union aufzunehmen.

Auch in Brüssel ist man sich heute bewußt, daß Österreich mithelfen kann, dem europäischen Integrationsprozeß jene zusätzliche Dynamik zu verleihen, die im allgemeinen europäischen und internationalen Interesse gelegen ist.

Daß sich Österreichs Außenpolitik — trotz aller Brisanz der aktuellen europäischen Entwicklungen — auch ihrer globalen Aufgabenstellungen bewußt ist, zeigt sich ua. in jenem Kapitel, das unseren Aktivitäten in den Vereinten Nationen gewidmet ist. In deren Rahmen hat Österreich 1992 bekanntlich auch die Aufgaben eines nicht-ständigen Mitgliedes des Sicherheitsrates zu erfüllen gehabt.

Daß wir uns auch sonst bemühen, keinem falschen „Euro-Zentrismus“ zu verfallen, dokumentieren jene Abschnitte, die unsere dichten bilateralen Beziehungen zu den verschiedenen außereuropäischen Regionen und unsere Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der Dritten und Vierten Welt beschreiben.

Ein umfangreicher Abschnitt illustriert Österreichs Aktivitäten im wichtigsten politischen Forum Gesamteuropas, der KSZE. Besonders erfreulich ist es, daß Wien im Laufe des Jahres 1992 — auch dank österreichischer Bemühungen — als KSZE-Tagungsort und Sitz des Konfliktverhütungszentrums weiter an Gewicht gewonnen hat.

Im Kapitel „Südtirol“ wird jene Frage behandelt, in der es 1992 wohl gelungen ist, den weitaus konkretesten Beitrag zur Schaffung eines — auch in der Qualität — wirklich „neuen“ Europas zu leisten.

Die zwischen Österreich und Italien in dieser Frage erzielte Einigung hat es immerhin möglich gemacht, einen internationalen Streit beizulegen,

der seit Anfang der Sechziger Jahre vor den Vereinten Nationen anhängig war. Mit der Verwirklichung des Südtirol-Pakets und des Autonomiestatus kann die Zukunft unserer Südtiroler Landsleute, deren Schutzmacht Österreich in jedem Falle bleibt, als gesichert gelten.

Nach meiner Auffassung kann dieser Bericht den Nachweis liefern, daß unser Land in seinen internationalen Beziehungen auch 1992 um Berechenbarkeit und Kontinuität bemüht war.

Er will aber auch aufzeigen, daß Österreichs Außenpolitik 1992 bestrebt war, auf die Anforderungen einer Welt des Wandels mit Flexibilität und Phantasie — und im Sinne der wesentlichen Interessen unseres Landes — zu reagieren.“

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 16. September 1993 in Verhandlung genommen.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Andreas Khol, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Dr. Peter Jankowitsch, Hans Helmut Moser, Mag. Marijana Grandits, Mag. John Gudenus, Dr. Jörg Haider, Johannes Voggenhuber, Dr. Alois Puntigam, DDr. Erwin Niederwieser sowie der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock.

Bei der Abstimmung hat der Außenpolitische Ausschuß mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Außenpolitische Ausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle den Außenpolitischen Bericht der Bundesregierung 1992 (III-130 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1993 09 16

Dipl.-Kfm. Ilona Graenitz

Berichterstatlerin

Peter Schieder

Obmann